

# Armutswegen

## Armutserkundung vor Ort



**Tendenzen der Befragung im Saarland**  
**April 2007 – April 2008**



Egbert Ulrich

Georg Diening

Manfred Klasen

## Impressum

Herausgeber

Saarländische Armutskonferenz e.V.

Gatterstraße 13, 66333 Völklingen,

Tel. (06898) 259 32, Mobil: (01520) 25 33 972

E-Mail: [sak@freenet.de](mailto:sak@freenet.de), Web: [www.sak-ev.de.vu](http://www.sak-ev.de.vu)

Verantwortlich

Egbert Ulrich, Vorsitzender

Idee

Georg Diening, ehem. stellv. Vorsitzender

Autor, Befragung

Manfred Klasen, Leiter der Geschäftsstelle

Fotos

SAK e.V., Manfred Klasen

Druck

Blattlaus GmbH, September 2008

ISBN:

## INHALT

Impressum .....	2
Vorwort .....	4
Erläuterungen zu den „Ergebnissen“ der Armutsbefragung .....	8
Von Armut Betroffene .....	10
Hilfeeinrichtungen .....	23
a.  Gemeinwesenprojekte, Sozialberatungsstellen .....	23
b.  Tafeln .....	29
c.  Einrichtungen für Wohnungslose .....	33
d.  Schuldnerberatung, Kleiderkammer, Jugendmigrationsdienst .....	36
Mitarbeiter/innen in Hilfeeinrichtungen .....	42
Armutserfahrungen der Befragten außerhalb der Statistik .....	47
Schlussfolgerungen und Konsequenzen .....	52
Schlusswort .....	59
Danke .....	60
Anlagen ( <i>Leitfäden, Kurzgeschichte</i> ) .....	63

## Vorwort

Seit nunmehr fast 15 Jahren bemüht sich die Saarländische Armutskonferenz e.V. mit ihren Mitgliedern, Vorständen, Kooperationspartnern und Mitarbeitern um das Thema Armut, genauer gesagt um die Bekämpfung von Armut. Genau so lange fordert die Armutskonferenz einen Armuts- und Reichtumsbericht im Land als Grundlage für einen regionalen Aktionsplan gegen Armut bzw. für soziale Integration. Nach zirka 14 Jahren wollten wir es nicht nur bei den Forderungen belassen, sondern wir wollten selbst einen Beitrag zur Aufklärung leisten. Es ging darum, mit einer Armutserkundung, die Befindlichkeiten, Notlagen, Lebenssituationen, Hoffnungen und Niederlagen von einkommensarmen Menschen festzuhalten. Es ging darum, ein Stück weit einige Aspekte des Lebens zu dokumentieren und damit auch einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion über Armut und arme Menschen zu leisten. Es ging darum, die Öffentlichkeit, Politik und Verwaltungen erneut für das Thema zu interessieren und deutlich zu machen, wie die Probleme im Einzelnen aussehen, wo die Not am größten ist und welche Bedürfnisse die Betroffenen haben.

Obwohl wir „nur“ 52 Personen landesweit

befragt hatten, scheint uns dies gelungen zu sein. Die Offenheit, mit der die Befragten selbst intimste und existenziellste Fragen beantwortet haben, spricht für das große Bedürfnis, die eigene Lebenssituation möglichen Helferinnen und Helfern zu vermitteln, verbunden mit vagen Hoffnungen.

Dafür spricht auch, dass fast 20 % der Befragten bereit waren und noch sind, vor eine Kamera zu treten.

**Neben den Befindlichkeiten der von Armut Betroffenen ging es auch darum, die Situation von Hilfeeinrichtungen, wie Tafeln, Gemeinwesenprojekte, Sozialberatungsstellen oder Einrichtungen für Wohnungslose zu beleuchten, ihre Arbeit darzustellen und Entwicklungen und Tendenzen festzuhalten.**

***Die Ergebnisse müssten Politiker und Verwaltungen in mehrerer Hinsicht zum sofortigen Handeln veranlassen.***

In einem dritten Fragenkomplex wurden schließlich die Befindlichkeiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Hilfeeinrichtungen erkundet. Es ging um ihre Motivation, ihre Ziele, ihre Verantwortung, aber auch um ihre Zerrissenheit und die Gefühls-

schwankungen, denen sie ausgesetzt sind. Es ist ein Glück, dass wir im Saarland offensichtlich engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, denen die Menschen, für die sie ein Stück Verantwortung tragen, offensichtlich mehr bedeuten als man erwarten kann.

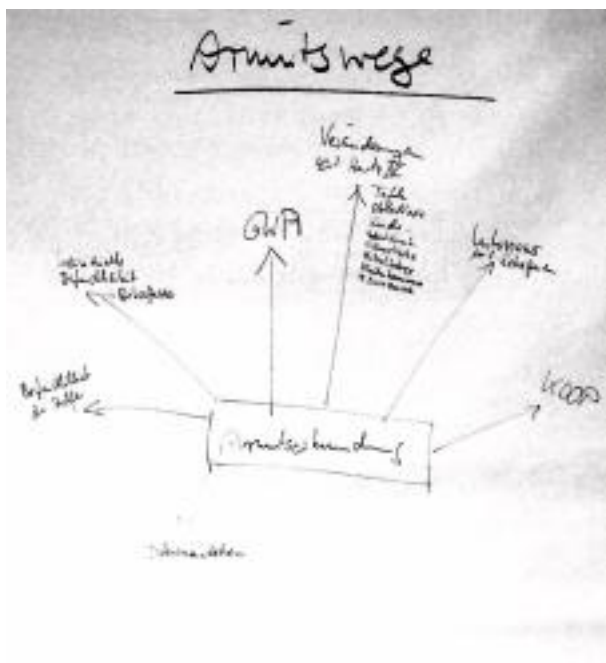
Die vorliegende Armutserkundung ersetzt nicht den notwendigen Armutsbericht. Das war und konnte auch nie die Absicht unseres Projekts sein. Was wir jedoch sicher sagen können ist, dass die Problemlagen wesentlich vielschichtiger sind als öffentlich diskutiert, dass Armut relativ ist und sich keinesfalls nur an Zahlen und Fakten festmachen lässt.

**Offensichtlich gibt es auch neue inhaltliche Schwerpunkte wie z.B. das Thema „Armut und Gesundheit“. Ein Problem, das sich, nach der Befragung, dramatisch zuspitzt.**

Jetzt gilt es, die Tendenzen, die durch die Befragung sichtbar geworden sind, durch einen – *jetzt endlich* – angekündigten Landesarmutsbericht auf eine repräsentative Basis zu stellen, zu bestätigen, zu ergänzen und zu vertiefen. Vor allem aber muss es darum gehen, im Anschluss Kon-

sequenzen zu ziehen, damit sich die persönliche Situation der von Armut Betroffenen real verbessert und die Leistungsfähigkeit der Hilfeeinrichtungen gewährleistet wird. Wenn unsere Armutsbefragung dazu einen kleinen Beitrag liefern könnte, bedeutet dies auch, dass unsere Arbeit, die unter schwierigen finanziellen Bedingungen geleistet wird, nicht ohne Wirkung war.

*Egbert Ulrich, Vorsitzender*



Planung „Armutswegen - Armutserkundung vor Ort“

## **Erläuterungen zu den „Ergebnissen“ der Armutsbefragung**

Im Gegensatz zu teuren und personalaufwendigen Armutsuntersuchungen handelt es sich bei „Armutswegen – Armutserkundung vor Ort“ nicht um eine repräsentative Studie. Dazu ist die Zahl der Befragten zu gering und die Auswahl nicht zufällig.

Die Befragten wurden durch Zeitungsartikel, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hilfeeinrichtungen und über persönliche Bekanntschaften gewonnen.

Auffällig ist, dass Menschen aus dem Saarbrücker Verdichtungsraum unterrepräsentiert sind, obwohl dort mutmaßlich der Armutsschwerpunkt im Saarland liegt.

Die Daten und Aussagen sind daher auch nur als „Tendenzen“ zu verstehen, die weiter untersucht werden müssen. Auf die Angabe von Prozentsätzen wurde daher auch weitgehend verzichtet. Die Befragung hat jedoch in bestimmten Bereichen so eindeutige Ergebnisse geliefert, dass zumindest einige Problembereiche als klare Schwerpunkte der Armut im Saarland identifiziert werden konnten. Dazu gehört der Bereich „Armut und Gesundheit“. Gleiches gilt für Wertungen und Aussagen von Betroffenen die sehr eindeutig waren, so etwa bei der Beurteilung von



Politik bzw. von Politikern.  
Insofern sind, wie immer, die dargestellten  
Tendenzen kritisch zu hinterfragen.

**Aussagefähiger sind hingegen die Angaben zu einem Teil der Hilfeeinrichtungen, da hier ein relativ hoher Prozentsatz der vorhandenen Einrichtungen in die Befragung mit eingegangen ist.**



*Andrang bei der Völklinger Tafel*

## Auswertung des Fragebogens:

---

### **„Von Armut Betroffene“**

---

#### **1. Persönliche Angaben**

Die 52 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren zwischen 26 und 70 Jahre alt, wobei das Durchschnittsalter bei 48,7 Jahren lag. Männer und Frauen sind etwa gleich stark vertreten. Der weitaus größte Teil ist deutscher Nationalität, weiter dabei ist ein Ungar, ein Franzose und eine Bulgarin. Ein geringer Teil hat einen Migrationshintergrund.

13 Personen waren ledig, 14 verheiratet, 16 geschieden, 6 waren getrennt lebend und 3 verwitwet. Die Zahl der Kinder in den Haushalten variierte zwischen 0 und 6. In Haushalten mit Kindern lag der Durchschnitt bei 2,14. 16 Befragte hatten Abitur, 8 mittlere Reife, 24 waren auf der Hauptschule bzw. hatten einen Hauptschulabschluss und 4 waren auf einer Sonderschule.

32 hatten eine Ausbildung begonnen, davon hatten 7 abgebrochen. 10 hatten ein Studium begonnen, davon hatte 1 Person abgebrochen. 10 Personen hatten nie eine Ausbildung angefangen.

7 Personen waren berufstätig, darunter hatten 2 eine ABM und 1 war teilzeitbeschäftigt, in

Rente oder in Mutterschutz waren 9 Personen, 36 waren arbeitslos.

***Die Dauer der Arbeitslosigkeit lag zwischen unter einem Jahr bis zu 17 Jahren.***

Im Durchschnitt waren die arbeitslosen Personen 5,5 Jahre ohne existenzsichernde Beschäftigung.

***Das Haushaltseinkommen der Einpersonenhaushalte lag zwischen 300 – 1000 Euro. Der Durchschnitt betrug 673 Euro.***

## **2. Allgemeines Befinden und Empfinden**

***Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten gaben an, sich ganz allgemein „schlecht“ zu fühlen.***

Nicht ganz ein Viertel fühlte sich gut, der verbliebene Teil lag dazwischen bzw. konnte die Frage nicht beantworten.

Als Gründe für das schlechte Allgemeinbefinden wurden in einer Reihenfolge genannt: Depressionen, der allgemeine Gesundheitszustand, Arbeitslosigkeit, Zukunftsangst, Kontaktarmut, Schmerzen, Geldsorgen, Analphabetismus und Nervenbelastungen.

Etwa zwei Drittel fühlte sich in die Gesellschaft integriert, etwa ein Drittel nicht. Als Gründe für

Ausgrenzung wurden in einer Reihenfolge genannt: mangelnde Kontakte, das Gefühl abgestempelt zu sein, kein Geld, keine Anerkennung, keine Rechte, keine Arbeit, Vorurteile und mangelnde Infrastruktur.

***Für mehr als zwei Drittel ist der Wohnort auch „Heimat“, für weniger als ein Drittel nicht.***

Die weit aus meisten Befragten wollen in ihrem Gebiet wohnen bleiben. Als Gründe für einen gewünschten Umzug wurden in einer Reihenfolge genannt: zu wenig Arbeitsstellen, schlechtes Umfeld, anderer Heimatort und wenig Kulturangebote.

### **3. Soziale Kontakte**

Bekannte bzw. Verwandte in ihrem Umfeld hatten die weit aus meisten Befragten, wobei es sich in gut zwei Drittel der Fälle um Familienmitglieder handelte. Ein weiteres Drittel bestand aus Freunden und sonstigen Personen.

Mehr als zwei Drittel gaben an, Kontakt zu den Mitbewohnern im Haus bzw. in der Straße zu haben. Zwei Drittel baten Bekannte um Hilfestellungen bzw. wurden um Hilfestellungen gebeten. Beispiele für gegenseitige Hilfe waren in einer Reihenfolge: Einkäufe,

Umzüge, Ratschläge und Formulare ausfüllen sowie Kinderbetreuung und Krankenbesuche. Nicht ganz zwei Drittel waren Mitglied in einer Kirche, wovon so gut wie niemand wieder ausgetreten ist.

***Etwa die Hälfte war in einen Verein eingetreten, wobei davon die Hälfte wieder ausgetreten ist.***

***Fast ein Viertel waren in Parteien eingetreten und auch davon ist etwa die Hälfte wieder ausgetreten.***

Ein kleiner Teil war Mitglied einer Gewerkschaft, wobei hier fast alle wieder ausgetreten sind.

Mehr als zwei Drittel gaben an, sich in ihrem sozialen Umfeld wohl zu fühlen.

#### **4. Wohnung**

Mehr als zwei Drittel fanden ihre Wohnung angemessen und fühlten sich dort auch wohl. Die Wohnungsgrößen der Einpersonenhaushalte schwankten zwischen 12 und 79 qm. Der Durchschnitt lag bei 49 qm.

Mehr als die Hälfte fanden ihre Wohnung preislich angemessen, etwa ein Drittel nicht. Einige hatten ein eigenes Haus bzw. keine Wohnung.

Die Bruttomiete der Einpersonen-

wohnungen lag zwischen 150 und 436 Euro, der Durchschnitt bei 331 Euro.

Nur die allerwenigsten erhielten Tabellenwohngeld. Etwa ein Viertel hatte in den letzten 5 Jahren Mieterhöhungen zwischen 10 und 126 Euro. Die Durchschnittserhöhung lag bei 41 Euro.

***Für fast alle war die Wohnung wichtig oder sehr wichtig, wobei das Wohnzimmer fast immer als wichtigster Raum genannt wurde.***

Bei den Haushalten mit Kindern hatten diese fast immer auch ein eigenes Zimmer.

Etwas weniger als die Hälfte konnte einen Garten nutzen, wobei etwa ein weiteres Viertel sich eine Gartennutzung wünschte. Als Gründe dafür wurden Gemüseanbau, Naturverbundenheit, Freizeitgestaltung und „Freiheit“ genannt.

Die allermeisten kamen mit ihrem Vermieter zurecht. Bei einigen gab es Probleme mit unangepassten Mitbewohnern, mit jähzornigen Vermietern und mit der Nebenkostenabrechnung.

## **5. Berufliche Situation – Tätigkeiten**

Von den Befragten waren fast alle im Laufe der Zeit einmal berufstätig gewesen. Die Beschäftigungen zogen sich quer durch alle

Berufssparten ohne klaren Schwerpunkt. Die meisten waren ausschließlich im Saarland tätig.

Der größte Teil hatte viele Arbeitsstellen (bis zu 12), oft unterbrochen durch Zeiten der Arbeitslosigkeit und Familienzeiten. Teilzeit und Leiharbeit spielten eine erkennbare Rolle.

Bei etwa der Hälfte der Befragten stimmten die Tätigkeiten meistens mit der Ausbildung überein, bei einem Viertel teilweise und etwa bei einem weiteren Viertel nicht.

Etwa ein Drittel möchte den Beruf wechseln, mehr ein weiteres Drittel nicht. Circa ein Viertel hält einen Berufswechsel für unrealistisch, einige sind sich nicht schlüssig.

Mit wenigen Ausnahmen sind die Befragten der Meinung, dass sie über eine zumindest ausreichende berufliche und allgemeine Bildung verfügen.

***Fast alle beurteilen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt als „schlecht“.***

Als mögliche Alternativen zur Erwerbsarbeit wurden in einer Reihenfolge genannt: Ehrenamt, Hausarbeit, Mutter- bzw. Vaterrolle, politisches Engagement und Eigenarbeit. Als Bedingungen dafür wurden wieder in einer Reihenfolge genannt: finanzielle Absicherung durch Sozialleistungen, Absicherung durch

Heirat bzw. durch den Partner und bewusste Bescheidenheit. Etwa ein Viertel sah keinerlei Alternativen zur Erwerbsarbeit.

***Die Frage wie man sich in der beruflichen Situation bzw. in der Arbeitslosigkeit fühle, beantworteten fast alle mit „schlecht“, häufig auch mit „beschissen“.***



„Weg mit Hartz IV!“



## 6. Finanzielle Situation

Fast alle Befragten gaben an, dass es ihnen finanziell nicht gut geht.

***Gut drei Viertel betrachteten sich als einkommensarm.***

Die Frage, ob man mit dem vorhandenen Geld auskomme, wurde fast hälftig mit ja und mit nein beantwortet.

Etwa ein Drittel gab an, die eigene Armut zu verstecken, aber rund zwei Drittel auch dies nicht zu tun. Gut zwei Drittel hatte Schulden in einer Größenordnung zwischen 500 und 150.000 Euro. Etwas weniger als die Hälfte gab an, überschuldet zu sein.

## 7. Hilfeeinrichtungen

Fast alle Befragten kannten die Tafeln in ihrer Nähe. Möbelbörsen und Kleiderkammern waren ebenfalls gut bekannt. Von Sozialberatungsstellen wussten etwa ein Drittel, von Gemeinwesenprojekten bzw. Stadtteilbüros etwa ein Viertel. Sozialpässe waren kaum bekannt.

Auf Hilfeeinrichtungen aufmerksam wurden die meisten durch die Medien (meist Zeitungen, selten Radio). Die Familie und Bekannte spielten ebenfalls eine wichtige Rol-

le. Durch Behörden wie die Arge wurden die Hilfeeinrichtungen nur selten bekannt. Für mehr als die Hälfte ist eine Tafel bzw. eine Möbelbörse und/oder Kleiderkammer in erreichbarer Nähe vorhanden. Sozialberatungsstellen sind, soweit bekannt, für ein Drittel erreichbar, Gemeinwesenprojekte bzw. Stadtteilbüros für etwa ein Viertel.

Etwa drei Viertel würden ganz generell Hilfeeinrichtungen in Anspruch nehmen. Bei den Nutzern stehen die Tafeln sowie die Möbelbörsen und Kleiderkammern hoch im Kurs.

***Die Leistung und Beratung in Hilfeeinrichtungen wird von den Nutzern insgesamt mit „gut“ bewertet.***

***Behörden wie die Arge werden dagegen aus sehr verschiedenen Gründen eindeutig „schlecht“ beurteilt. Das reicht von „Leistungsverweigerung“, über unfreundliche Behandlung bis hin zu mangelndem Erfolg bei der Vermittlung in Arbeit.***

Einen Sozialpass nehmen nur wenige in Anspruch, weil er entweder kaum bekannt ist (*Kunst umsonst*) bzw. weil es vor Ort keinen gibt.

## ***Zwei Drittel hätten aber gerne einen Sozialpass.***

### **8. Gesundheit**

Das körperliche Allgemeinbefinden wird im Durchschnitt mit eher „schlecht“ eingestuft. Mehr als zwei Drittel fühlt sich müde und abgespant.

***Fast die Hälfte aller Befragten gab an, Selbstmordgedanken zu haben oder gehabt zu haben.***

Vorsorgeuntersuchungen werden von vielen nicht wahrgenommen. Am meisten genutzt werden noch die Krebsvorsorge, der Generalcheck und die Zahnuntersuchung. Gründe für die Nichtinanspruchnahme sind: kein Anlass, zu weite Wege, mag keine Ärzte und schlechte Erfahrungen. Etwa drei Viertel gehen zum Arzt, wenn sie krank sind.

***Am Quartalsende gehen weit mehr als die Hälfte der Befragten nur im Notfall zum Arzt. Grund hierfür ist die Praxisgebühr und die Sorge, die Gebühr zweimal zahlen zu müssen!***

Mehr als ein Drittel war schon einmal zur

Kur. Heute wären die Zuzahlungen jedoch nur noch für ganz wenige leistbar.

Etwa die Hälfte gab an, dass die Versorgung mit Medikamenten nicht gesichert ist bzw. nicht finanzierbar ist.

***Bei Hilfsmitteln wie Brillen oder Zahnersatz ist die Versorgung bzw. Finanzierung bei fast drei Viertel nicht gesichert.***

## **9. Medien und politisches Interesse**

Fast drei Viertel lesen regelmäßig Zeitungen, meist die lokale Tageszeitung und das wöchentliche Anzeigenblatt. Fast alle schauen sich Nachrichten und politische Berichte im Fernsehen an.

Etwa zwei Drittel interessieren sich für Politik. Als Gründe werden wichtige Gesetzesänderungen und ein allgemeines Informationsbedürfnis genannt. Bei denjenigen, die sich nicht für Politik interessieren, spielen Gründe wie: kein Zugang, verstehe ich nicht oder eine grundsätzlich negative Einstellung eine Rolle.

Für politische oder gesellschaftliche Ereignisse in der Gemeinde, im Umfeld interessieren sich etwa zwei Drittel.

***Auf die Frage, welche Politiker die Befragten gut finden, antworteten zwei***

### ***Drittel „keine“.***

Als Gründe wurden genannt: Inkompetenz („Schwätzer“), Unglaubwürdigkeit, Wirtschaftshörigkeit, mangelnde Verfassungstreue und Unkenntnis.

Bei dem verbleibenden Drittel wurden 6 Politiker der LINKEN genannt, 5 der SPD, 5 der CDU, und jeweils einer von FDP und Grünen sowie ein Politiker aus dem europäischen Ausland.

Auffällig ist, dass der größere Teil der genannten Politiker nicht mehr im Amt ist.

Nach eigenen Angaben nehmen fast drei Viertel an Wahlen und Abstimmungen teil. Diejenigen, die nicht teilnehmen, gaben als Gründe an: bringt nichts, weiß nicht, wen ich wählen soll, kein Wahlrecht.

## **10. Wünsche und Hoffnungen**

Als wichtigste Wünsche wurden in der Reihenfolge von mindestens einem Drittel angegeben:

***Gesundheit, finanzielles Auskommen und feste, auskömmliche Arbeit.***

Mehrfachnennungen gab es auch für: intakte Familienverhältnisse, gute Zukunft für die Kinder/die Familie und bessere Mobilität.

Auf die Frage, ob man glaube, dass diese Wünsche in Erfüllung gehen, gab es hälftig die Antwort ja und nein. Diejenigen, die mit nein antworteten, gaben als Gründe an: zu alt, zu krank, es gibt keine Arbeit für mich und ich habe kein Geld. Eine ganze Reihe unterschiedlicher Antworten gab es auf die Frage, was man als Bürgermeister/in vor Ort erstens, zweitens und drittes tun würde.

Die häufigsten Antworten bezogen sich auf die Bewältigung von Problemen mit dem Autoverkehr sowie mit Bus und Bahn. An zweiter Stelle stand der Wunsch, Probleme von Hartz IV-Beziehern bzw. von armen Menschen zu registrieren und anzugehen. Der dritthäufigste Wunsch bezog sich auf die Verbesserung von Schulen, Kindergärten und Spielplätzen. Weitere häufig genannten Wünsche waren die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Ansiedlung von Betrieben, bezahlbare Wohnungen, Projekte gegen Kinderarmut, den Sozialpass, verbesserte Freizeitangebote, Zugang zu Kultur, Einbeziehung von Bürgern bei Entscheidungen, Bürgernähe von Politikern, Erhöhung der Sicherheit und Tourismusförderung.

## Auswertung des Fragebogens:

---

### **„Hilfeeinrichtungen – a. Gemeinwesenprojekte und Sozialberatungsstellen“**

---

#### **1. Gründungsanlass, Sinn und Zweck der Einrichtung**

##### **Gründungsanlass**

Nachfragen aus dem Wohngebiet und massive Probleme bei Kindern und Jugendlichen aus Sicht des Jugendamtes waren oft Anlass zur Gründung der Gemeinwesenprojekte. Verschiedentlich wollten Sozialverwaltungen kleinräumige soziale Strukturen.

***Anlass war ein offensichtlicher Interventionsbedarf, der in der Arbeit von Verbänden sichtbar wurde.***

In mehreren Fällen konnten Nachbarprojekte den entstandenen Bedarf nicht mehr ausreichend abdecken. Insgesamt hat die Verschärfung und Verdichtung sozialer Problemlagen sowie der Niedergang der Hütten und von Industriebetrieben vor Ort, verbunden mit Massenarbeitslosigkeit, die Gründung von Sozialberatungsstellen befördert.

## **Sinn und Zweck der Einrichtung**

Es geht allgemein um Verbesserung der Lebensbedingungen, um Sozialberatung, darum Defizite im Wohngebiet aufzuarbeiten, die kulturelle und soziale Situation zu verbessern und Kreativität zu fördern. Es geht um Beschäftigung vor allem von Frauen, aber auch von Männern und es geht um Bewohner/innen-Aktivierung (Gründung von Bürgervereinen etc.). Es sollen Menschen ermutigt werden, sich zu solidarisieren und es geht um Beteiligung an Projekten und Programmen (z.B. Soziale Stadt).

***Die Projekte sind ein Indikator für die soziale Situation vor Ort, was auch für die Sozialplanung und -verwaltung in den Kommunen von Bedeutung ist.***

## **Wesentlicher Arbeitsinhalt**

Am häufigsten wurden folgende Arbeitsinhalte genannt: offene Sozialberatung, Beschäftigung, Frauenarbeit, Arbeit mit Kindern, Seniorenarbeit, Bildung, Qualifizierung, Freizeit- und Kulturangebote, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Bewohneraktivierung und Nachbarschaftscafés.

## **2. Zielgruppen, tatsächliche Nutzer/innen**

Nutzer/innen der Einrichtungen sind generell Bürger/innen des Wohngebietes bzw. der



Stadt, Arbeitslose (im ALG II-Bezug, selten im ALG I-Bezug) und von Arbeitslosigkeit bedrohte, Rentner/innen und Behinderte (nach SGB 12), Wohngeldbezieher/innen, Auszubildende, generell Einkommensarme, Migranten, Frauen, Familien, Senioren, Initiativen und gesellschaftliche Gruppen sowie Kirchengemeinden.

### **3. Entwicklung der Einrichtungen bzw. der Nachfrage vor und nach der Einführung von Hartz IV im Januar 2005**

Ab 2005 hatte die Sozialberatung erkennbar zugenommen, wobei sich mittlerweile in Teilen die Situation wieder etwas entspannt hat.

***Es gab eine deutliche Zunahme der Nachfrage nach konkreten Hilfen und von Menschen, die bisher nicht zu den Einkommensarmen zählten.***

Es wurde vermehrt anonyme Hilfe am Telefon geleistet, die Länge und die Intensität der Beratung haben sich erkennbar verstärkt.

Je nach Einrichtung sind 60 – 99 % der Klienten in der Sozialberatung arbeitslos. Im Durchschnitt liegt der Anteil bei zirka 80 %. Menschen im ALG I-Bezug spielen eine geringe Rolle. Häufiger sind Personen mit 400 Euro-

Jobs in der Beratung, Menschen mit Ein-Euro-Jobs und (noch) wenige Voll-erwerbstätige. Rentner/innen machen 3 – 26 %, im Durchschnitt 10 %, der Klienten aus.

***Fast alle sind verschuldet und bis zu 50 % sind überschuldet.***

Der Anteil der Männer liegt je nach Einrichtung bei 30 – 50 %, der Frauen demnach bei 50 – 70 %. Menschen mit Migrationshintergrund machen 10 – 30 % der Klienten aus. Der Anteil der Jugendlichen liegt bei unter 10 %. In den Haushalten der Beratungssuchenden leben überdurchschnittlich viele Kinder.

Mit einer Ausnahme kommen die Klienten fast alle aus dem Stadtteil bzw. aus der Gemeinde.

#### **4. Ausbau bzw. Reduzierung der Einrichtung**

Bei der Frage des Ausbaus bzw. der Reduzierung der Kapazitäten in den Einrichtungen ergibt sich ein sehr gemischtes Bild! Das reicht von keinerlei Änderungen über die Reduzierung von Stunden bis hin zum völligen Auslaufen und der Schließung des Projektes. Vielfach war die Zukunft zum Zeitpunkt der Erhebung völlig unklar, da Entscheidungen der

Geldgeber noch ausstehend.

## 5. Perspektiven – zukünftiges Angebot

Die Perspektiven reichen von gut, über völlig unklar bis äußerst negativ.

***Insgesamt dürften Nachfrage und Bedarf nach sozialen Dienstleistungen eher noch steigen.***

Insbesondere die Gemeinwesenarbeit wird in der Wahrnehmung bedeutender, soll aber - auf Wunsch von Geldgebern - auch noch flexibler



*Beliebter Stadtteiltreff plus Beratung*

reagieren. Schwerpunkte wie etwa die Arbeit mit Kindern (gegen Kinderarmut) und Senioren, sowie die Sozialarbeit in Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus sollen intensiviert werden.

***Generell ist über viele Jahre die Erfahrung gemacht worden, dass deutlich mehr Arbeit vorhanden ist als mit den bestehenden Mitteln und den Mitarbeitern/innen geleistet werden kann!***

## **6. Einrichtung gesichert / nicht gesichert?**

Die meisten Einrichtungen gehen davon aus, dass sie im Kern bis 2012 gesichert sind. Auf welchem Niveau jedoch war zum Zeitpunkt der Erhebung unklar.

***Eine Einrichtung muss absehbar definitiv schließen, da die Finanzierung ausläuft.***

## **7. Sonstige Anmerkungen**

Die Frage der Finanzierung stellt sich in fast allen Fällen permanent!

Noch immer gibt es relativ hohe Fehlerquoten bei ALG II-Bescheiden.

Die Vernetzungsarbeit spielt eine große und wichtige Rolle.

## Auswertung des Fragebogens:

---

# „Hilfeeinrichtungen - b. Tafeln“

---

### **1. Gründungsanlass, Sinn und Zweck der Einrichtung**

#### **Gründungsanlass**

In der Regel war die materielle Not vor Ort sichtbar bzw. die Notwendigkeit einer Tafel wurde durch soziale Dienste festgestellt. Teilweise bestand eine Überlastung benachbarter Tafeln bzw. die Idee einer Tafel war die Weiterentwicklung einer bereits bestehenden Privatinitiative. Die erste Tafel hatte im Jahr 1999 ihren Betrieb in Saarbrücken aufgenommen.

***Derzeit arbeiten im Saarland insgesamt 10 Tafeln (ohne Außenstellen).***

#### **Sinn und Zweck der Einrichtung**

Sinn und Zweck ist die Ausgabe von Lebensmitteln an Bedürftige gegen einen symbolischen Preis (1 - 2 Euro pro Einkauf bzw. 1 Euro pro Tüte). Teilweise wird das Tafelangebot durch zusätzliche Beratungshilfen (Tafel plus) erweitert.

## 2. Zielgruppen, tatsächliche Nutzer/innen

Die Zielgruppen der Tafeln sind Menschen mit geringem Einkommen (Hartz IV-Schwelle plus 10%, sowie sonstige Härtefälle). Die Einkommenssituation wird überprüft, selten reicht alleine die Schilderung der Not durch die Nutzer/innen.

Die Nutzungsintervalle reichen je nach Tafel von 14-tägig bis drei Mal die Woche.



## 3. Entwicklung der Einrichtungen bzw. der Nachfrage vor und nach der Einführung von Hartz IV im Januar 2005

Vor Hartz IV lag die Zahl der Kunden wöchentlich bei 300 - 400 Personen.

***Nach Einführung von Hartz IV stieg die Zahl sprunghaft an und liegt derzeit bei 200 - 1500 Kunden. (Einige Tafeln wurden erst nach 2005 gegründet).***

Ein Haushalt besteht im Durchschnitt aus drei Personen.

75 - 90 % der Nutzer/innen sind arbeitslos. Rentner/innen machen 10 - 20 % des Klientels aus.

Je nach Tafel sind ein Drittel bis zur Hälfte der Kunden Männer, der Frauenanteil liegt bei 50 % bis zwei Drittel.

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund liegt bei 25 - 50 %. Die Alleinerziehenden machen 10 - 30 % des Publikums aus. Haushalte mit Kindern hatten im Durchschnitt drei Minderjährige zu versorgen. Die Zahl der Kinder in den Haushalten bewegte sich zwischen 0 und 13.

85 - 97 % der Kunden wohnen in der Stadt bzw. Gemeinde, in der die Tafel ihren Standort hat. 10 - 15 % stammen aus den übrigen Gemeinden des Landkreises. Von außerhalb des Kreises stammten 3 % der Nutzer/innen.

#### **4. Ausbau bzw. Reduzierung der Einrichtung**

In einigen Fällen wird der Ausbau von

Räumlichkeiten geplant bzw. wird über eine höhere Zahl von Öffnungstagen nachgedacht.

***Eine Reduzierung des Angebots oder von Öffnungszeiten ist aufgrund des hohen Nutzungsdrucks in keinem einzigen Fall auch nur angedacht.***

## **5. Perspektiven - zukünftiges Angebot**

Die Tafeln gehen davon aus, dass die Zahl der Nutzer/innen weiter leicht steigend bzw. steigend sein wird.

***Gleichzeitig nimmt die Menge der Waren nicht zu bzw. ist in einigen Fällen eher rückläufig.***

## **6. Einrichtung gesichert / nicht gesichert?**

Die befragten Tafeln sind bis auf weiteres in ihrem Bestand gesichert. Die Absicherung erfolgt durch Träger, die Kommunen und weitere Unterstützer.

## **7. Sonstige Anmerkungen**

Es ist eine hohe Bereitschaft festzustellen, in den Tafeln ehrenamtliche Arbeit zu lei-



sten. Die Erfahrungen mit Ein-Euro-Jobbern sind durchweg positiv. Die Tafeln erhalten immer wieder auch Geldspenden. Die Kunden werden sofern vorhanden mit den sonstigen Hilfeangeboten (z.B. Sozialberatung) der Träger bekannt gemacht.

Auswertung des Fragebogens:

---

## **„Hilfeeinrichtungen – c. für Wohnungslose“**

---

### **1. Gründungsanlass, Sinn und Zweck der Einrichtung**

#### **Gründungsanlass**

Gründungsanlass für die Einrichtungen waren ein fehlendes niederschwelliges Angebot sowie Ärger von Wohnungslosen im öffentlichen Raum mit Anliegern und der Polizei. Angebote entwickelten sich aus der Tradition, aus dem Selbstverständnis des Verbandes und aus dem Grundanliegen.

#### **Sinn und Zweck der Einrichtungen, wesentliche Arbeitsinhalte**

Es geht um Schutz, Essen, Wärme, Zuwendung und Beratung, um Begleitung, auch um Beschäftigung (Ein-Euro-Job und ABM)

und um medizinische Hilfe.

## **2. Zielgruppen, tatsächliche Nutzer/innen**

Zielgruppen und Nutzer/innen sind Wohnungslose, Menschen, die größtenteils auf der Straße leben und schlechte Wohnmöglichkeiten haben, insgesamt Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten.

## **3. Entwicklung der Einrichtungen bzw. der Nachfrage vor und nach der Einführung von Hartz IV im Januar 2005**

Die Nutzer/innenzahlen steigen ständig an. Beim Tagesaufenthalt hat sich die Zahl der Nutzer/innen seit der Eröffnung verdoppelt.

***Die Einführung von Hartz IV in 2005 hatte keinen erkennbaren Einfluss auf die Nachfrage nach Beratung bzw. auf die Zahl der Besucher/innen.***

Die Beratung nehmen derzeit 700 – 800 Personen in Anspruch, der Tagesaufenthalt liegt bei zirka 60 Besucher/innen täglich. Etwa 90 % sind arbeitslos, einige wenige sind voll- oder teilberufstätig, einige in ABM und Ein-Euro-Jobs. Wiederum nur einige wenige sind im Rentenalter.

Zwischen 80 – 85 % der Nutzer/innen sind Männer, demnach sind 15 – 20 % Frauen. Menschen mit Migrationshintergrund machen zwischen 5 und 10 % aus, Jugendliche sind mit 10 – 18 % vertreten.

***Die Nutzer/innen sind in aller Regel alleinstehend und sehr oft geschieden oder getrennt lebend. Einige wenige sind alleinerziehend.***

Kinder sind, wenn vorhanden, entweder beim Partner oder bei Dritten untergebracht. Zirka 95 % stammen aus Saarbrücken, wenige kommen aus Homburg und aus Frankfurt.

#### **4. Ausbau bzw. Reduzierung der Einrichtungen**

Bei den Einrichtungen ist ein Ausbau geplant in Richtung versicherungspflichtige Beschäftigung und beim ambulanten betreuten Wohnen.

#### **5. Perspektiven – zukünftiges Angebot**

Der Bedarf wird mit gleichbleibend bis eher steigend prognostiziert.

***Die Verelendung wird mutmaßlich zu-***

***nehmen, wobei die Kapazitäten der Einrichtungen begrenzt bleiben.***

## **6. Einrichtung gesichert / nicht gesichert?**

Die Finanzierung ist in einem Fall bis auf weiteres gesichert und ansonsten von den Zuschüssen von Land und Stadt abhängig.

## **7. Sonstige Anmerkungen**

Für das Klientel fehlen Möglichkeiten der Existenzsicherung bzw. der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Auswertung des Fragebogens:

---

**„Hilfeeinrichtungen -  
d. Schuldnerberatung,  
Kleiderkammer,  
Jugendmigrationsdienst“**

---

### **1. Gründungsanlass, Sinn und Zweck der Einrichtung**

#### **Schuldnerberatung**

Grund war die Überschuldungssituation vor

Ort. Angeboten werden Schuldnerberatung und Insolvenzberatung.

### **Kleiderkammer - Haushaltwarenborse**

Ausschlaggebend war die erkennbare soziale Not vor Ort, erkennbare prekäre Lebenssituationen.

***Es geht um die Versorgung von armen Menschen mit gebrauchter Kleidung, Haushaltsartikeln und Möbeln***

### **Jugendmigrationsdienst**

Ausgangspunkt war die hohe Zahl von Ausländern und Aussiedlern in der Stadt. Angeboten werden Betreuung und Beratung für junge Migranten.

## **2. Zielgruppen, tatsächliche Nutzer/innen**

### **Schuldnerberatung**

Nutzer/innen sind überwiegend überschuldete Personen, selten dabei auch ehemals gut betuchte Personen

### **Kleiderkammer - Haushaltwarenborse**

Zielgruppe sind alle Menschen in wirtschaftlicher Not: SGB II- und SGB XII-Bezieher/innen, Rentner/innen und Geringverdiener/innen

## **Jugendmigrationsdienst**

Zielgruppe sind Jugendliche mit Migrationshintergrund zwischen 16 - 27 Jahren

### **3. Entwicklung der Einrichtungen bzw. der Nachfrage vor und nach der Einführung von Hartz IV im Januar 2005**

#### **Schuldnerberatung**

2004 gab es 259 laufende Beratungsfälle (+ 148 in Sprechstunden), 2005 waren es 252 laufende Fälle (+ 164 in Sprechstunden).

***Die Zahl der zu Beratenden ist abhängig von der Beratungskapazität - nicht von der Nachfrage. Die Nachfrage ist deutlich höher als die Kapazität.***

Haupteinkommen: 2004 waren 108 Ratsuchende erwerbstätig, 2005 waren 76 erwerbstätig (10 mit ergänzendem ALG-II-Bezug), 2004 erhielten 40 Sozialhilfe und 60 Arbeitslosengeld/hilfe, 2005 gab es 105 ALG-II-Bezieher/innen, 2004 gab es 32 Rentner/innen, 2005 waren es 33 Rentner/innen. In 2005 hatten zirka 50 % aller in der Beratung ALG-II-Leistungen (auch ergänzend) erhalten.

Der allergrößte Teil der Klienten/innen ist überschuldet, nur wenige sind „lediglich“

verschuldet.

***Zur Schuldnerberatung gehen deutlich mehr Frauen als Männer. Frauen stellen sich eher dem Problem.***

Zur Schuldnerberatung kommen nur wenige Jugendliche, im Wesentlichen wegen Handyverträgen. Der Anteil der Rentner/innen beträgt durchschnittlich 25 %.

In 2006 waren von den Klientinnen und Klienten 83 ledig, 73 verheiratet, 20 getrennt lebend, 85 geschieden und 14 verwitwet.

2006 kamen auf 275 Klientinnen und Klienten 199 Kinder!

In 2006 kamen von den 275 Klientinnen und Klienten 182 aus der Standortgemeinde, 58 aus den übrigen Gemeinden des Landkreises und 35 kamen von außerhalb.

### **Kleiderkammer - Haushaltwarenborse**

Ab 2005 gab es einen deutlichen Anstieg der Nachfrage nach Elektrogroßgeräten und Möbeln. Aktuell gibt es zirka 1000 bis 1200 Menschen im Jahr als Kunden, bei etwa 2500 Kundenkontakten. 77 % sind arbeitslos (3 % ALG I), 6 % erhalten Grundsicherung (Alter/Behinderung). Der verbliebene Teil ist mehr oder weniger ohne Einkommen.

Frauen nehmen das Angebot stärker wahr als Männer. Der Anteil der Migrantinnen liegt etwas unter 50 %. Das Angebot wird

nur von sehr wenigen Jugendlichen wahrgenommen. Der Anteil der Rentner/innen liegt bei zirka 6 %.

Die Nutzer/innen kamen fast ausschließlich aus der Standortgemeinde.

Ein deutlicher Ausbau der Einrichtung ist geplant!

### **Jugendmigrationsdienst**

Von September 2005 bis April 2007 waren etwa 120 Personen in der Beratung und Betreuung mit insgesamt 960 Kontakten. 30 Personen sind vollwertig, etwa 90 sind arbeitslos.

Im Projekt sind mehr Frauen als Männer vertreten. Etwa 20 % der Migranten sind Ausiedler/innen. Der allergrößte Teil der Volljährigen ist verheiratet. 30 haben Kinder.

Von den 120 Projektteilnehmern/innen wohnen 105 in der Standortgemeinde, 15 wohnen in den übrigen Gemeinden des Landkreises.

## **4. Perspektiven - zukünftiges Angebot**

### **Schuldnerberatung**

Das Problem wird größer und verschiebt sich immer mehr in Richtung Insolvenzberatung.

**Ein Ausbau ist dringend notwendig.**

### **Kleiderkammer + Haushaltswaren-**



## **börse**

Bei zunehmender Armut werden mehr Menschen auf diese Angebote angewiesen sein.

## **Jugendmigrationsdienst**

Eine Erweiterung des Angebotes bei Sprachvermittlung, Hausaufgabenhilfe und Vermittlung von Schlüsselkompetenzen ist angedacht.

## **5. Einrichtung gesichert / nicht gesichert?**

### **Schuldnerberatung**

Bei der Schuldnerberatung ist keine Kürzung in Sicht.

### **Kleiderkammer + Haushaltswarenborse**

Das Projekt ist bis auf Weiteres gesichert.

### **Jugendmigrationsdienst**

Die Weiterführung des Projekts ist zugesagt.

## **6. Sonstige Anmerkungen**

Bei der Kleiderkammer und Haushaltswarenborse existieren zwei Kleidercontainer, es gibt einen Abholdienst für Kleider, für Möbel etc. und es gibt Spenden von Firmen (Überproduktionen, schadhafte Ware).

## Auswertung des Fragebogens:

---

### **„Mitarbeiter/innen in Hilfeeinrichtungen“**

---

#### **Persönliche Befindlichkeiten und Wünsche:**

##### **1. Wie fühlen Sie sich bei Ihrer Arbeit / Ihrer Aufgabe? – Gesamteindruck –**

„Ich fühle mich gut“ sagen 17 Befragte, bin aber auch belastet meinten 6 Personen. 5 Befragte gaben an, dass ihre Gefühlslage schwankend sei, und 5 meinten, ihre Gefühle seien zwiespältig.

2 Personen gingen es nicht gut.

##### **2. Wie bewerten Sie Ihre Arbeit selbst (Schulnoten!)?**

Die Bewertungen verteilten sich wie folgt: Note 1 = 1 Mal, Note 1-2 = 1 Mal, Note 2 = 15 Mal, Note 2-3 = 3 Mal, Note 3 = 3 Mal. Einmal gab es keine Antwort! Der Durchschnitt lag bei 2,13.

##### **3. Was wollen Sie persönlich mit Ihrer Arbeit erreichen?**

Zu dieser Frage verteilten sich die Antworten wie folgt:

Rechte durchsetzen (4), Zufriedenheit und Verbesserungen im Stadtteil erreichen (3), Hoffnung geben und Halt vermitteln (3), sinnvolle Freizeitgestaltung entwickeln (2), einen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit leisten (2), Perspektiven bieten (2), Selbsthilfe aktivieren (2). Auf die weiteren Antworten entfielen je eine Stimme:

brachliegende potentielle Erschließen, Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse erreichen, Bildung vermitteln, Hunger verhindern, Vernichtung von Lebensmitteln verhindern, positive Rahmenbedingungen für Wohnungslose schaffen, Vermitteln mit Schulden leben zu können, Anonymität überwinden, Autonomie der Klienten erreichen, Solidarität und gemeinsames Handeln fördern

#### **4. Entwickeln Sie (gesellschafts-) politisches Bewusstsein?**

Darauf antworteten mit ja, 20 Befragte, mit nein 3 Befragte, mit teils teils 1 Befragter.

#### **Fühlen Sie sich als Teil einer sozialen Bewegung?**

Darauf antworteten mit ja 18 Personen, mit nein 5 Personen und mit teils teils 1 Person.

## **5. Fassen Sie Ihre Arbeit als Teil des sozialen Reparaturbetriebs auf?**

Mit ja antworteten 11 Befragte.

## **- oder als örtliche Zelle gesellschaftlicher Veränderung?**

Darauf antworteten 4 Personen mit ja. Für 9 Befragte trifft beides zu!

## **6. Hoffen Sie mit Ihrer Arbeit (kommuna) politische Entscheidungen verändern zu können?**

Darauf antworteten 16 mit ja.

## **Hoffen Sie mit Ihrer Arbeit Verwaltungsentscheidungen verändern zu können?**

Auf diese Fragen antworteten 18 mit ja.

## **Auf die Frage, welche Entscheidungen/Themen dies sind, gab es folgende Antworten!**

Spielplätze, Stadtteilwerkstätten, Service für Senioren, Vermeidung von Obdachlosigkeit, Wohnungssanierungen, Verbesserung in Wohngebieten, Arge (mehrfach), Unterstützung sozialer Einrichtungen, Anpassung

der Unterkunftskosten, Erhöhung der Regelsätze, Widerspruchsverfahren (mehrfach), Praktiken von Stromversorgern, Anerkennung von Tagesaufenthalten für Wohnungslose, Stadtplanung, soziale Stadt, Sozialpass, Sicherung der GWA, Vermeidung der Privatisierung städtischer Leistungen, Insolvenzverfahren, Pfändungsrecht, Ausländerbehörde, Sozialhilfe, Bürgerbeteiligung

## **7. Was hoffen Sie mit Ihrer Arbeit bei Ihrem Klientel bewirken zu können?**

Darauf antworteten:

- 21 mit „wirksame Hilfe“,
- 20 mit „Hilfe zur Selbsthilfe“
- 12 mit „Veränderungen in Einstellung und Lebensführung“
- 2 mit „Förderung gesellschaftspolitischen Bewusstseins“
- 1 mit „Überwindung von Skepsis“
- 1 mit „Förderung des Rechtsbewusstseins“
- 1 mit „Freude – positive Einstellung“
- 1 mit „Autonomie“
- 1 mit „freundliche Aufmerksamkeit“
- 1 mit „Hinführung zu gesunder, ausgewogener Ernährung“
- 1 mit „Verbesserung von Chancen“
- 1 mit „Vermittlung von Wissen“
- 1 mit „Vermittlung der GWA-Angebote“

## **8. Empfinden Sie mehr Befriedigung und Freude,**

darauf antworteten 13 mit ja

## **oder mehr Belastung und Ohnmacht?**

Darauf antwortete 1 Person mit ja.  
11 Personen empfanden beides gleichmäßig!

## **9. Fühlen Sie sich in Ihrer Arbeit ausreichend gewürdigt (von der Nutzer/innenseite und der Trägerseite)?**

Von den Nutzerinnen und Nutzern gewürdigt empfanden sich 19 Personen, 2 fanden sich eher nicht gewürdigt.

Von den Trägern gewürdigt empfanden sich 12 Personen, 10 fanden sich eher nicht gewürdigt.

Hier gaben einige wenige Befragte keine Antwort!

---

## **Armutserfahrungen der Befragten außerhalb von Fragebögen und Statistik**

---

Angeregt durch konkrete Fragen des Leitfadens hatten sich immer wieder teils längere Schilderungen der individuellen Armutssituationen ergeben.

***Besonders drastisch stellten sich hier insbesondere die Mischung von finanziellen Problemen, von Ausgrenzung, gesundheitlichen Defiziten und Rechtsstreitigkeiten dar.***

So führt in einem Fall eine junge Frau mit einer nicht anerkannten Umweltkrankheit, mehrere Prozesse gegen die Arge, die Krankenkasse, und die Rentenversicherung wegen Kostenübernahmen, der Frage der Arbeitsfähigkeit und dem Rechtsstatus.

Im Laufe der Befragung ergaben sich immer wieder Fälle, die die Frage der Arbeitsfähigkeit, von Rente und Arbeitslosengeld II betrafen. Die damit jeweils verbundenen Gerichtsprozesse und die Verschiebung der Verantwortung zwischen verschiedenen potenziellen Kostenträgern werden von den Betroffenen als ausgesprochen belastend empfunden.

***In einigen Fällen werden familiäre Entwicklungen wie etwa Scheidungen als wesentlicher Faktor für den persönlichen Weg in die Armut und mitunter auch der zeitweiligen Obdachlosigkeit genannt.***

Neben den objektiv finanziellen Auswirkungen des Scheiterns von Beziehungen sind es die „emotionalen Tiefschläge“, die Mut und Kraft für den weiteren Lebensweg rauben.

Geradezu dramatische Schilderungen der eigenen Lebenssituation ergaben sich dort, wo gleich mehrere Problemsituationen gehäuft oder im zeitlichen Ablauf auftreten bzw. auftraten.

Exemplarisch sei hier ein Aussiedler aus Polen genannt, der mit Sprachschwierigkeiten, arbeitslos und isoliert in einem Dorf im nordöstlichen Saarland lebt. Neben dem Scheitern der Ehe, kommt hier der Verlust des Hauses und der starken Einschränkung der Mobilität hinzu (Pfändung des Fahrzeugs). Eskaliert ist die Situation, nachdem die gegründete Firma in Konkurs ging und die nicht versicherten Materialien aus der Konkursmasse bei einem Brand vernichtet wurden. Neben der Insolvenz und den auch rechtlichen Schwierigkeiten mit den Behörden klagt der Mann über zunehmende gesundheitliche Probleme, letztlich



auch als Folge der dauerhaften Belastungen.

***Insbesondere Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die außerhalb des Regionalverbandes Saarbrücken wohnen, fühlten sich häufig mit ihren Sorgen und Fragen alleine gelassen.***

Mögliche Hilfeinrichtungen waren entweder nicht bekannt oder nur mit großem Aufwand erreichbar. Vor allem die Fahrtkosten für den ÖPNV wurden als problematisch angesehen.

***Einige Befragte gaben an, immer wieder vor dem Problem zu stehen, entweder notwendige Medikamente oder aber Lebensmittel kaufen zu können.***

Was in den Befragungen ebenfalls immer wieder genannt wurde, war die teilweise heftige Kritik an dem Umgang von Arge-Mitarbeitern mit Kunden. Die Vorwürfe reichten von grob unfreundlichem Verhalten, über Leistungsverweigerung bis hin zu mangelnder Effektivität bei der Vermittlung in existenzsichernde Beschäftigung.

**Als Reaktion auf unsere Arbeit und auf die öffentliche Darstellung unseres Pro-**

**jekts erreichten uns Texte von Betroffenen, die ihre Armutssituation schilderten.**

***Dazu drei Beispiele:***

*„Diesen Monat konnte ich weder meinen Krankenversicherungsbeitrag noch Gas noch Strom bezahlen! Obwohl ich unter der Armutsgrenze lebe (erklärtes Jahreseinkommen: Euro 6000), kommt Hartz IV für mich nicht in Frage. Ich bin schwerbehindert, Schmerzpatientin und chronisch krank; meinen Krankenversicherungsschutz zu verlieren, ist mehr als eine Katastrophe für mich!“*

\* \* \*

*„Ich bin chronisch kranker Rentner und brauche wegen einer Schimmelallergie eine schimmelfreie Wohnung. Das kostet zusätzlich 100 Euro, außerdem für Medikamente noch mal zirka 100 Euro. Das wird von der Krankenkasse und dem Sozialamt nicht bezahlt. Deshalb muss ich, alles in allem, mit 120 Euro einen ganzen Monat leben.“*

\* \* \*

*„Ich schreibe Ihnen wegen einer sehr guten Freundin, die schwerbehindert ist und nun fünf Wochen ohne Geld leben muss! Sie*

*hatte bis November Hartz IV bezogen und nach Feststellung ihrer Berufsunfähigkeit wurde sie an das Grundsicherungssamt verwiesen, - ihre Rente von 325 Euro bekommt sie erst ab Januar 2008. Sie wurde nun die ganze Zeit hingehalten, inzwischen musste sie Schulden machen, um Miete, Strom und Lebensmittel zu bezahlen und man sagt ihr, eine Wartefrist bis drei Monate wäre normal, so wären halt die Gesetze! Soll sie sich nun die Gesetze ausschneiden und aufs trockene Brot legen, die ticken doch nicht richtig und es ist einfach eine bodenlose Schweinerei, was man sich hier erlauben tut. Auch ich werde ständig von einem zum anderen verwiesen, beim Versuch ihr zu helfen. Wo sind denn unsere sogenannten Rechte, die man nur dann hat, wenn man sie nicht in Anspruch nimmt?“*

\* \* \*

*„Ich kann mit meinen Freunden und Bekannten nicht mehr weggehen. Wenn Festivitäten anstehen, muss ich absagen, mir fehlt dazu einfach das Geld! Ich will nicht zu einer Geburtstagsfeier gehen und kann nichts mitbringen. Ich kann auch selbst mit dem wenigen Geld keinen Geburtstag ausrichten.*

*(...) Auf der Arge XY wird man unfreundlich*

*behandelt, wie der letzte Sch...ck. Sachen, die einem zustehen, werden verwehrt, mit haarsträubenden Begründungen.*

*(...) Die Leute auf der Arge haben kaum Möglichkeiten, schwerbehinderten bzw. kranken Menschen unter die Arme zu greifen. Die können nur sagen, stellen sie einen Antrag und dann steht man da. Der Normalo, der sich nie damit beschäftigt hat, der weiß nicht, was er machen soll.“*

## **Schlussfolgerungen und Konsequenzen?**

Obwohl es sich bei unserer Armutserkundung nicht um eine repräsentative Stichprobe handelt, können dennoch, aufgrund sehr eindeutiger Tendenzen, bestimmte Aussagen getroffen werden.

### **1. BERATUNGSEINRICHTUNGEN**

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Versorgung mit Beratungseinrichtungen, außerhalb des Regionalverbandes, nicht flächendeckend gesichert ist bzw., dass die Kenntnisse der potenziellen Nutzerinnen und Nutzer bezüglich der Angebote nicht ausreichend ist.

***Die Ausweitung des Angebotes z. B. auch mit mobilen Beratungsstellen scheint dringend geboten.***

Die Informationen zu den Hilfeangeboten müssen verbessert werden.

Innerhalb des Regionalverbandes Saarbrücken zeigt sich deutlich, dass der Bedarf an Beratungsleistungen wesentlich höher ist als die Beratungskapazität.

***Auch hier muss eine Aufstockung der Personalstellen bzw. von Stundenzahlen angestrebt werden. Land und Kommunen werden bei der Finanzierung dieser Stellen einen wichtigen Beitrag leisten müssen.***

Saarlandweit ist, aufgrund der hohen Wartezeiten und langen Wartelisten, eine deutliche Ausweitung der Schuldner- und Insolvenzberatung unabdingbar!

## **2. MATERIELLE ARMUT – SOZIALLEISTUNGEN**

Die materielle Armut der Betroffenen ist sichtbar und mit Händen greifbar. SGB-II und SGB-XII-Leistungen, das heißt Hartz-IV-Geld, Sozialhilfe und Grund-

sicherung im Alter und bei Behinderung sind nicht ausreichend, um eine Existenz **in Würde** führen zu können. Die Abhängigkeit der Niedriglohnbezieherinnen und -bezieher von Hilfeeinrichtungen nimmt langsam aber stetig zu.

***Das Land wird sich gegenüber dem Bund generell für höhere und existenzsichernde SGB-II und SGB-XII-Leistungen einsetzen müssen.***

Gleiches gilt für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Dafür sprechen alleine schon die steigenden Energiepreise und die Kostensteigerungen im Bereich der Lebensmittel.

Erwähnt werden soll in diesem Zusammenhang, dass die lobenswerte und unterstützungswerte Arbeit der Tafeln (Ausgabe von Lebensmitteln), aufgrund immer weiter steigender Nachfrage an Grenzen stoßen wird und in Einzelfällen auch schon an Grenzen stößt.

Neben Leistungsverbesserungen auf Bundesebene werden das Land und die Kommunen eigene Ideen entwickeln müssen, wie der materiellen Armut im Land zu begegnen ist.

Neben der bedarfs- und flächendeckenden Unterstützung von Hilfeeinrichtungen, Bildungseinrichtungen und Arbeitsmarktinitiativen sind persönliche Hilfeangebote für die einzelnen Sozialleistungsbezieher/innen und Niedriglohnbezieher/innen vorzuhalten.

***Dazu gehören auf kommunaler Ebene (Kreisebene) z. B. die Einführung von „Sozialpässen“, die Gewährung von Schulbeihilfen und vor allem die bedarfsdeckende und angemessene Erstattung von Wohnkosten bei Hartz-IV-Bezieher/innen.***

Das Land sollte sich gegenüber dem saarländischen Verkehrsverbund (SaarVV) für Fahrpreisermäßigungen bei Geringverdienern/innen und Sozialleistungsbeziehern/innen einsetzen. Generell muss die Information über vorhandene Rechte und Leistungen auf allen Ebenen deutlich verbessert werden.

### **3. ARMUT UND GESUNDHEIT**

Die Befragung hat geradezu dramatisch zu nennende Ergebnisse im Zusammenhang „Armut und Gesundheit“ (bzw. Behinderung) ergeben. Die Situation von Personen, die sich zwischen den Zustän-

digkeiten von Arge, Sozialamt, Krankenkasse, Rentenversicherung und Versorgungsamt hin und her geschoben fühlen, muss dringend geklärt werden. Es ist unerträglich, dass Personen in belastender körperlicher und seelischer Verfassung zur Durchsetzung von Rechten und zur Klärung ihres Status auf die Gerichte angewiesen sind und langjährige Verfahren durchlaufen müssen.

***Konsequenzen sind zu ziehen aus der Tatsache, dass nach eigenen Angaben bei einem Großteil der Befragten die Versorgung mit Hilfsmitteln (z. B. Brille, Zahnersatz) nicht gesichert ist. Gleiches gilt für die Aussage, dass die Betroffenen, zur Vermeidung einer doppelten Praxisgebühr, zum Quartalsende nur im Notfall zum Arzt gehen. Dass auch für etwa die Hälfte die Versorgung mit Medikamenten nicht gesichert ist, lässt nur den einzigen Schluss zu, dass der genannte Personenkreis vollständig von der Praxisgebühr und der Zuzahlung von Medikamenten und Hilfsmitteln zu befreien ist.***

Alles andere führt zu einem verschlechterten Gesundheitszustand, zu einer ver-



kürzten Lebenserwartung und damit zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Grundrechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Hier ist es notwendig, dass die Landesregierung ihren Einfluss geltend macht.

***Dass fast die Hälfte der Befragten angibt, Selbstmordgedanken zu haben bzw. gehabt zu haben, macht deutlich, dass neben der realen Verbesserung der sozialen Situation, der psychologischen Betreuung große Bedeutung beizumessen ist.***

Es geht dabei um die Rettung von Menschenleben!

#### **4. ARGE – SCHLECHTE NOTEN**

Die Befragten geben der Arge im Durchschnitt schlechte Noten.

***Den Beschwerden, was Leistungsverweigerungen, ineffektive und mangelnde Beratung, unangemessenes Benehmen, fehlende Jobperspektiven, fehlerhafte Bescheide und das Verschwinden von Unterlagen der Antragsteller/innen angeht, muss nachgegangen werden.***

Die Qualität der Mitarbeiter/innen in den Argen ist, nach Aussage der Befragten,

stark schwankend, was darauf hindeutet, dass bei der Auswahl des Personals mit Kundenkontakt noch sensibler entschieden werden sollte.

***Einen Beitrag zu mehr Kundenzufriedenheit könnte die Beteiligung von Arbeitslosen an den Beiräten sein, sowie die Einrichtung von Ombudsstellen in den Argen!***

Auf keinen Fall sollte die langsam eingespielte Arge-Struktur grundlegend in Frage gestellt werden. Die aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts notwendigen gesetzlichen Korrekturen müssen so gewählt werden, dass auch zukünftig alle ALG-II-Leistungen aus einer Hand und mit einem Antrag gewährt werden können.

## **5. ARMUTSBERICHT – REGIONALER AKTIONSPLAN GEGEN ARMUT**

Der notwendige und nun auch von der Landesregierung angestrebte Armutsbericht wird weit über eine reine Datensammlung der bekannten Fakten und deren Bewertung hinausgehen müssen. Dazu gehören auch die Erkenntnisse von Sozialverbänden zur real festgestellten

Armutssituation und die persönlichen Empfindungen und Erfahrungen der Betroffenen.

***Ziel jeder Armutsberichterstattung wird neben der Analyse der Armut im Land die Erarbeitung eines „regionalen Aktionsplans“ gegen Armut bzw. eines sozialen Integrationsplans sein müssen. Die in der Erhebung „Armutswegen - Armutserkundung vor Ort“ festgestellten Tendenzen sollen mit einbezogen und überprüft werden.***

Der Landesregierung ist zu raten, den Bericht zügig anzugehen, sich aber auf keinen Fall unter Zeitdruck setzen zu lassen! Sorgfalt und hohe Aussagekraft sollten im Vordergrund stehen!

## Schlusswort

Die vorliegende Armutserkundung hat gezeigt, Armut in einem reichen Land bedeutet Ausgrenzung, bedeutet Abstieg, bedeutet den Verlust von Selbstbewusstsein, bedeutet um Würde und Anerkennung kämpfen zu müssen.

Armut bedeutet aber auch immer mehr um

seine Gesundheit fürchten zu müssen und oft einfachste materielle Bedürfnisse nicht befriedigen zu können.

***Es ist schwer, zusehen zu müssen wie einige Wenige lächelnd und ungeniert den Rahm abschöpfen, während z. B. Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher außerplanmäßig 4 Euro mehr an Regelleistung im Monat erhalten.***

***„Armut ist relativ. Im Vergleich zum gesellschaftlichen Reichtum ist sie unerträglich!“***

Deshalb muss ein kommender Armutsbericht im Saarland auch der Startschuss sein für mehr Verteilungsgerechtigkeit und für mehr Chancen für diejenigen, die bisher keine hatten.

Daran wird die Saarländische Armutskonferenz jede bestehende oder zukünftige politische Landesregierung messen!

## **Danke**

Das Projekt „Armutswegen – Armutserkundung vor Ort“ wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht viele mitgeholfen hätten, diese für uns doch sehr anspruchsvolle Arbeit zu bewältigen.

An erster Stelle steht unser bisheriger stellvertretender Vorsitzender, Georg Dienes, der nicht nur die Idee und die Grundkonzeption lieferte, sondern auch mit zur Finanzierung beigetragen hat. Da ist unser Vorsitzender Egbert Ulrich, der insbesondere das Projekt und seine Ergebnisse in der Öffentlichkeit dargestellt hat. Da sind die Vorstandsmitglieder Michael Sperlich und Silvia Schulze, die uns organisatorisch den Rücken freigehalten haben und da ist Hans Kuhn, der nicht nur Daten sondern auch Hintergründe geliefert hat.

Besten Dank an die Korrektorin dieses Buches, Dagmar Trenz.

Unbedingt zu erwähnen sind die vielen Geldgeber, von der Landesregierung genauer dem Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Kooperationspartnern Arbeitskammer, Diakonisches Werk und Arbeiterwohlfahrt, der Diakonie im Rheinland, anonymen Großspendern, den Mitgliedern der SAK und allen, die mit finanziellen Zuwendungen geholfen haben. Ein besonderer Dank gilt aber auch allen Einrichtungen, Projekten, Vereinen und Initiativen, die uns die Tür geöffnet haben und geduldig Fragen beantworteten. Ein besonderer Dank geht in diesem Zusammenhang an die Verantwortlichen von Diakonie und Caritas.

Vielen Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Projekten, die offen ihre persönlichen Befindlichkeiten mitgeteilt haben. Ein besonderer Dank geht an den Diplom-Soziologen Klaus-Dieter Steil für seine wissenschaftliche Beratung.

Von besonderer Bedeutung für die Verbreitung unserer Botschaften waren und sind die Medien im Saarland. Der Saarländische Rundfunk - Hörfunk und Fernsehen, die Saarbrücker Zeitung, Radio Salü und der Wochenspiegel haben dafür gesorgt, dass das Projekt und seine Ergebnisse bekannt wurden. Ein Dank geht auch an zwei Mediengestalterinnen in Ausbildung, die bereit waren, ihre Abschlussarbeit dem Thema Armut zu widmen.

***Ganz besonders möchten wir uns aber bei den 52 von Einkommensarmut betroffenen Menschen im Saarland bedanken, die uns in einer bemerkenswerten Offenheit ihr Leben ausgebreitet haben.***

Nicht wenige waren bereit vor Kamera, Mikrophon und in Zeitungen einem breiten Publikum zu erklären, was Armut im Saarland konkret bedeutet.

*Manfred Klasen*

# Anlagen

## 1. Leitfäden

### VON ARMUT BETROFFENE

#### 1. Persönliche Angaben

- Alter, Geschlecht, Nationalität, Migrationshintergrund, Familienstand, Kinder (Anzahl)
- Schulabschluss, Ausbildung/Studium, berufstätig, arbeitslos (seit wann?)
- Haushaltseinkommen (pro Monat) =

#### 2. Allgemeines Befinden und Empfinden

- Wie fühlen Sie sich allgemein, gut/schlecht, Gründe?
- Fühlen Sie sich ausgegrenzt oder integriert, Gründe?
- Ist Ihr Stadtteil/Wohnort/(Bundes-)Land für Sie „Heimat“, ja/nein, Gründe?
- Wollen Sie weg von hier oder doch bleiben, Gründe?

#### 3. Soziale Kontakte

- Haben Sie Bekannte/Verwandte in Ihrem Umfeld, ja/nein, welche?
- Haben Sie Kontakt zu den Leuten im Haus, in der Straße, ja/nein?
- Bitten Sie Bekannte um Hilfe, bitten Bekannte Sie um Hilfe, ja/nein (Beispiele)?

- Sind Sie bzw. waren Sie in Vereinen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften oder Initiativen und in welchen?
- Wie lange sind Sie, waren Sie dort Mitglied?
- Fühlen Sie sich in Ihrem sozialen Umfeld wohl?

#### **4. Wohnung**

- Finden Sie Ihre Wohnung angemessen, fühlen Sie sich dort wohl, ja/nein?
- Wie groß ist die Wohnung, wie viele Personen leben dort?
- Ist Ihre Wohnung eigentlich zu teuer?
  
- Wie teuer, Bruttomiete?
- Erhalten Sie Wohngeld, wie viel?
- Hatten Sie in den letzten 5 Jahren Mieterhöhungen (in Euro)?
- Wie wichtig ist Ihre Wohnung für Sie, wenig wichtig /sehr wichtig?
- Welcher Raum ist der Wichtigste?
- Haben Ihre Kinder jeweils ein eigenes Zimmer?
- Haben Sie einen Garten, ja/nein?
- Wollen Sie einen Garten, warum?
- Kommen Sie mit Ihrem Vermieter zurecht, gibt es Probleme, welche?

#### **5. Berufliche Situation - Tätigkeiten**

- Waren Sie berufstätig? Wo und wie lange?
- Entsprachen Ihre Tätigkeiten ihrer Ausbildung?



- Wollen Sie Ihren Beruf wechseln, einen Beruf erlernen, ja/nein?
- Verfügen Sie Ihrer Meinung nach über eine ausreichende Allgemeinbildung, berufliche Ausbildung, ja/nein?
- Wie beurteilen Sie Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt, gut/schlecht?
- Welche Alternativen zur Erwerbsarbeit sind für Sie möglich/vorstellbar (Hausarbeit, Mutter-/Vaterrolle, Ehrenamt, politisches Engagement, keine) und unter welchen Bedingungen (finanzielle Absicherung durch Sozialleistungen, Heirat, bewusste Bescheidenheit)?
- Wie fühlen Sie sich in Ihrer beruflichen Situation bzw. in Ihrer Arbeitslosigkeit?

## **6. Finanzielle Situation**

- Geht es Ihnen finanziell gut, ja/nein?
- Sind Sie einkommensarm, kommen Sie mit Ihrem Geld aus, ja/nein?
- Verstecken Sie Ihre Armut, ja/nein?
- Haben Sie Schulden, ja/nein, Größenordnung =?
- Wachsen Ihnen die Schulden über den Kopf, sind Sie überschuldet, ja/nein?

## **7. Hilfeinrichtungen (Möbelbörsen, Tafeln, Kleiderkammern, Gemeinwesenprojekte, Beratungsstellen, Sozialpässe etc.)**

- Welche Hilfeinrichtungen kennen Sie?

- Wie wurden Sie auf die Einrichtungen aufmerksam?
- Gibt es für Sie in erreichbarer Nähe eine Möbelbörse, Tafel, Kleiderkammer, ein Gemeinwesenprojekt, eine (Sozial-)Beratungsstelle?
- Würden Sie solche Einrichtungen in Anspruch nehmen?
- Welche Hilfeeinrichtungen nutzen Sie?
- Wie zufrieden sind Sie mit der Beratung
  - a. in Hilfeeinrichtungen (1 -5)?
  - b. bei Behörden, der Arge (1 -5)?
- Nehmen Sie einen „Sozialpass“ etc. in Anspruch und welchen?
- Hätten Sie gerne solch einen Vergünstigungsausweis?

## **8. Gesundheit**

- Wie ist Ihr körperliches Allgemeinbefinden (1 - 5)?
- Fühlen Sie sich müde und abgespannt, schlapp, ja/nein?
- Macht Ihr Leben noch einen Sinn - Selbstmordgedanken?
- Nehmen Sie (regelmäßig) Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch, welche, warum nicht?
- Gehen Sie zum Arzt, wenn Sie krank sind, ja/ nein (am Quartalsende nur im Notfall, ja/nein)?
- Wann war Ihr letzter Kuraufenthalt?
- wäre derzeit finanzierbar, ja/nein?
- Ist Ihre Versorgung mit Medikamenten

gesichert, sind die Arzneikosten finanzierbar, ja/nein?

- Ist Ihre Versorgung mit Hilfsmitteln gesichert, finanzierbar (Brille, Zahnersatz etc.) ja/nein?

## **9. Medien und politisches Handeln**

- Lesen Sie regelmäßig Zeitung (welche?), ja/nein?

- Schauen oder hören Sie sich politische Berichte an, schauen oder hören Sie Nachrichten, ja/nein?

- Interessieren Sie sich allgemein für Politik, ja/nein, warum (nicht)?

- Interessieren Sie sich für politische, gesellschaftliche Ereignisse in Ihrer Gemeinde/Stadtteil, ja/nein, für welche?

- Welche/n Politiker/in finden Sie gut, keine/n, warum?

- Nehmen Sie an Wahlen und Abstimmungen teil, ja/nein, warum nicht?

## **10. Wünsche und Hoffnungen**

- Was sind Ihre drei größten Wünsche?

- 1.
- 2.
- 3.

- Glauben Sie, dass Ihre Wünsche in Erfüllung gehen, ja/nein (warum nicht)?

- Was würden Sie als Bürgermeister/in in Ihrer Gemeinde/ihrem Stadtbezirk als erstes, als zweites und als drittes ändern?

*Außerhalb des Fragebogens erfragen: Name, Anschrift, Tel., Fax, E-Mail*

\* \* \*

## HILFEEINRICHTUNGEN

1. Name, Anschrift, Tel., E-Mail, Fax und Website, Träger, Verantwortliche, Ansprechpartner/innen

2. Gründungsanlass, Sinn und Zweck der Einrichtung, wesentlicher Arbeitsinhalt

3. Zielgruppen, tatsächliche Nutzer/innen

4. Entwicklung der Einrichtung, der Nachfrage vor und nach Januar 2005 (Start von Hartz IV), in Zahlen (absolut und/oder in %) aufgeteilt in:

- Gesamtnutzer/innenzahl seit Beginn, vor Hartz IV und nach Einführung von Hartz IV
- arbeitslos, prekäre Beschäftigung, Teilzeit, voll-erwerb-stätig,
- Bezug BSHG-Leistungen, Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosengeld (vor 2005), SGB II/SGB XII-Leistungen, SGB III-Leistungen (ab 2005), Rente, sonst. Leistungen
- überschuldet, verschuldet
- Männer, Frauen
- deutschstämmige, Migrationshintergrund,

- Jugendliche bis 25, Rentner/innen,
- alleinstehend, liiert, eheähnliche Gemeinschaft, verheiratet/verpartnert, alleinerziehend
- Kinder im Haushalt (Anzahl)
- örtlich wohnend (Gemeinde/Stadtteil), von außerhalb kommend

5. Ausbau/Reduzierung der Einrichtung geplant/nicht geplant?

6. Perspektiven allgemein, zukünftiges Angebot, Nutzungsprognosen?

7. Einrichtung gesichert bis / nicht gesichert ab, Gründe?

8. Sonstige Anmerkungen

\* \* \*

## MITARBEITER/INNEN IN HILFEEINRICHTUNGEN

1. Name, Adresse, Hilfeeinrichtung
2. Wie fühlen Sie sich bei Ihrer Arbeit/Ihrer Aufgabe, Gesamteindruck?
3. Wie bewerten Sie Ihre Arbeit selbst (Schulnoten)?

4. Was wollen Sie persönlich mit Ihrer Arbeit erreichen?
5. Entwickeln Sie (gesellschafts)politisches Bewusstsein, fühlen Sie sich als Teil einer sozialen Bewegung?
6. Fassen Sie Ihre Arbeit als Teil des sozialen Reparaturbetriebs oder als örtliche Zelle gesellschaftlicher Veränderung auf?
7. Hoffen Sie mit Ihrer Arbeit (kommunal) politische Entscheidungen und Verwaltungsentscheidungen verändern zu können, wenn ja - welche?
8. Was hoffen Sie mit Ihrer Arbeit bei Ihrem Klientel bewirken zu können: wirksame Hilfe, Hilfe zur Selbsthilfe, Veränderungen in Einstellung und Lebensführung?
9. Empfinden Sie mehr Befriedigung und Freude oder mehr Belastung und Ohnmacht?
10. Fühlen Sie sich in Ihrer Arbeit ausreichend gewürdigt (von der Nutzer/innenseite, der Trägerseite)?

## 2. Kurzgeschichte

**„MORGEN WIRD ALLES ANDERS!“**

### ***Eine kleine Geschichte über ein großes Problem – Hartz IV***

Werner hat Angst - Todesangst! Schwarze Engel greifen ihn an beiden Armen, sein Atem stockt. Flammen umschlingen ihn, aber er brennt nicht. Aus der Ferne kommt ein weißes Licht näher, näher und näher. Er steht senkrecht im Bett. Er ist aufgewacht.

Es war nur ein Traum, ein Albtraum. Dann fährt es ihm wie ein Blitz durch die Glieder. Heute Vormittag hat er einen Termin bei der Arge. Er hat einen Brief bekommen, irgendwas von beruflichen Perspektiven und Regelungsbedarf stand da. „Was wollen die von mir?“ denkt er. Eine Arbeit haben sie wohl nicht für mich. In den letzten knappen zwei Jahren hatte er darauf vergeblich gehofft. Ja, selbst bemüht hat er sich auch. Er kann die Zahl der Bewerbungen nicht mehr zählen, die er schon geschrieben hat. Sind es hundert, zweihundert, er weiß es nicht mehr. Er weiß nicht einmal mehr, wo er sich noch bewerben soll und deshalb tut er es auch nicht mehr. Das hat ihm schon Ärger mit der Arge gebracht, die ihm mangelnde Mitwirkung unterstellt hat. Dabei „sinn die do vom Amt“, wie

Werner sagt, noch nicht einmal in der Lage, seine Akten richtig zu verwalten. Seinen Antrag auf Arbeitslosengeld II musste er zweimal stellen, denn der erste war spurlos verschwunden.

Dabei reichen die paar Kröten von der Arge gerade so zum Überleben. 650 Euro hat er im Monat für Miete, Nebenkosten, für Heizung und Lebensmittel. Ihm ist bewusst – er ist arm! Dabei ging es ihm auch schon viel besser. Er war Marktleiter in einem großen Supermarkt und hatte gut verdient. Dann wurde der Markt geschlossen und er wurde arbeitslos. Er hat gesucht und gesucht, sich beworben und vorgestellt – ohne Ergebnis. „In Ihrem Alter ...“ – so kommentierten praktisch alle Personalchefs seine Vorstellungen, wenn es denn überhaupt dazu kam. Werner ist gerade 50 Jahre alt geworden.

Der Platz neben ihm in dem großen Ehebett ist seit Monaten frei. Seine Frau wollte nicht bei einem „Versager“ bleiben, wie sie sich ausdrückte. Es fällt ihm schwer, arm zu sein und es fällt ihm noch schwerer, dabei allein zu sein.

Beim Frühstück gibt es Kaffee, immerhin, und für Brot und die Nuss-Nougat-Creme aus dem Discount-Laden hat es auch noch gereicht. Wie er allerdings die nächsten fünf Tage, bis



das Geld von der Arge überwiesen wird, überstehen soll, weiß er noch nicht. „Vielleicht haben die von der Arge ja einen Tipp.“ Na ja er glaubt nicht wirklich daran. Er schaltet sein kleines Kofferradio an, das aus besseren Zeiten übrig geblieben ist. Jetzt kommen die Nachrichten. Er will doch mal hören, welche Versprechen und Behauptungen die Politiker heute wieder verbreiten. Ein Regierungsvertreter erklärt, warum Hartz IV erneut verschärft werden muss. Von Leistungsmissbrauch ist da die Rede, und dass die Gemeinschaft der Steuerzahler geschützt werden müsse. Werner fragt sich, wer ihn eigentlich vor solchen Politikern schützt? Hat der Kerl im Radio jemals von 351 Euro im Monat gelebt? Weiß er eigentlich, was es heißt, seine Stromrechnung nicht bezahlen zu können oder Medikamente, die der Arzt verschrieben hat, nicht kaufen zu können? Wahrscheinlich nicht! „Alles Verbrecher“, denkt er sich. Der Mensch, nach dem das Gesetz benannt wurde, das ihm das Leben schwer macht, bringt die 351 Euro in einer Nacht durch, hat er gehört. Es ist irgendwie ungerecht. 30 Jahre lang gearbeitet, zuletzt bis spät abends und samstags sowieso, dann Arbeitslosengeld und dann Hartz IV. Ist das die Endstation, soll das so weitergehen? Werner hat keine Antwort.

Der Brief auf dem Küchentisch erinnert ihn wieder an seinen Termin mit der Arge. Er zieht

die beste Hose und das beste Hemd an, das er besitzt. Man will ja keinen schlechten Eindruck machen. Es soll doch niemand sehen, dass er arm ist.

Die Arge in Burbach, wo er wohnt, ist im Bürgerhaus am Markt untergebracht. Wenigstens kann er da zu Fuß hingehen, für eine Busfahrkarte würde es diesen Monat nicht mehr reichen. Auf dem Weg dorthin kommt er vor der Arge an einem Stand vorbei, der ihm seltsam erscheint. „Weihnachtsmänner“ verteilen irgendwelche Zettel und verschenken Schokolade an Kinder. Na ja – er schaut sich das mal an. Er geht einige Schritte auf den Stand zu und wird direkt von zwei Seiten umlagert. „Kennen Sie schon die Aktion Sozialpass?“, schallt es in Stereo von rechts und links. Noch bevor er sich richtig erinnern kann, hat er einen Prospekt in der Hand und eine Unterschriftenliste vor der Nase. Jetzt erinnert er sich auch wieder. Das hat es schon einmal in Saarbrücken gegeben. Dieser Sozialpass war ein Ausweis, mit dem man billiger mit dem Bus fahren konnte und billiger ins Schwimmbad kam, wenn man wenig Einkommen hatte und von Sozialhilfe leben musste. Freunde von ihm hatten den Ausweis, jetzt könnte er ihn auch gut gebrauchen. Er unterschreibt die Forderung nach Einführung des Passes, nimmt den Prospekt mit und geht zu seinem Termin bei der Arge.

Drinne muss er warten – trotz Termin. Aus dem Büro dringen laute Geräusche. Es muss wohl wieder Stress geben! Er hat kein gutes Gefühl. Sein Blick fällt auf den Prospekt mit der Aufschrift „Sozialpass-jetzt“ den er an dem Stand vor der Tür mitgenommen hat. Deutlich verbilligte Fahrpreise, verbilligter Eintritt ins Schwimmbad, den Zoo, ins kommunale Kino, bei Veranstaltungen und kostenlose Nutzung der Bücherei steht da soll es mit dem Pass geben, wenn es ihn gibt. „Das wär’s doch“, denkt sich Werner und versucht, sich zu erinnern, wann er zum letzten Mal im Kino war. Es war auf jeden Fall vor Hartz IV. Wenn er eine billige Monatskarte für den Bus und die Saarbahn hätte, könnte er samstags in die Stadt fahren und Einkäufe erledigen, soweit sein Geld reicht. Er könnte wieder mal Freunde besuchen, die am anderen Ende der Stadt wohnen. Er könnte mal wieder unter Leute gehen und neue Menschen kennen lernen (Frauen). Ja – das wäre eine gute Sache.

Der Termin beim Fallmanager der Arge ist schnell erledigt. Es wird ihm mitgeteilt, dass er gefälligst genügend Bewerbungen zu schreiben habe, sonst gäbe es Ärger und das heißt konkret Leistungskürzung. Einen Job hätten sie vielleicht irgendwann auch, für ei-

nen Euro die Stunde. Seine Begeisterung hält sich in Grenzen.

Als er die Arge verlässt, kommt er wieder an dem Stand mit den „Weihnachtsmännern“ vorbei. Jetzt gibt's nicht nur Schokotaler, sondern auch einen Aufnahmeantrag und warme Worte gibt es auch noch. Eigentlich will er sich ja von niemandem vereinnahmen lassen, aber den Sozialpass, den will er auf jeden Fall.

Zuhause angekommen macht er sich Nudeln mit Tomatensoße. Am 25. im Monat gibt's nichts anderes mehr. Das Nachmittagsprogramm besteht im Wesentlichen aus fernsehen. Das ist immerhin kostenlos seit ihm die GEZ-Gebühren erlassen wurden. Auf die Dauer ist ihm das aber zu wenig. Es muss doch noch mehr geben als fernsehen und Bewerbungen schreiben. Es muss doch irgendeinen Weg aus dieser Situation herausgeben. „Morgen wird alles anders“, schwört er sich. Nur wie das gehen soll, das weiß er nicht.

*PS: Die Geschichte ist, so wie sie zusammengestellt wurde, erfunden. Die Not, die durch Hartz IV ausgelöst wurde, ist nicht erfunden. So wie Werner geht es in unserem Land Millionen von Menschen, Tag für Tag.*

*Manfred Klasen*

## ZITATE AUS DEM BUCH:

**„Die Frage wie man sich in der beruflichen Situation bzw. in der Arbeitslosigkeit fühle, beantworteten fast alle mit *schlecht* häufig auch mit *beschissen*.“**

\*\*\*

**„Es gab eine deutliche Zunahme der Nachfrage nach konkreten Hilfen und von Menschen, die bisher nicht zu den Einkommensarmen zählten.“**

\*\*\*

**„Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten gaben an, sich ganz allgemein *schlecht* zu fühlen.“**

\*\*\*

**„Fast die Hälfte aller Befragten gab an, Selbstmordgedanken zu haben oder gehabt zu haben.“**

\*\*\*

**„Die Ergebnisse müssten Politiker und Verwaltungen in mehrerer Hinsicht zum sofortigen Handeln veranlassen.“**





